

67085 / 4 1

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

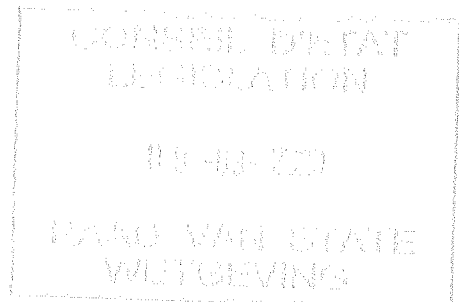
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers und des für Gesundheit zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



A 6

**DEKRETVORENTWURF ZUR EINFÜHRUNG EINER VERHÄLTNISSMÄSSIGKEITSPRÜFUNG
VOR VERABSCHIEDUNG ODER ABÄNDERUNG VON BERUFSREGLEMENTIERUNGEN**

INHALTSANGABE

Der vorliegende Dekretvorentwurf behandelt die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen im Rahmen der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

AA
b

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu den Artikeln	5
Vorentwurf	9
Umsetzungstabellen	15

Alb

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Jeder Artikel des vorliegenden Dekrets setzt einen bestimmten Artikel der Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (hiernach als „Richtlinie 2018/958“ bezeichnet) um.

Die Ausübung reglementierter Berufe ist vom Besitz bestimmter Ausbildungsnachweise abhängig. Daher müssen im Ausland erlangte Berufsqualifikationen anerkannt werden, bevor diese reglementierten Berufstätigkeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeübt werden dürfen.

Die EU-Richtlinie 2005/36/EG regelt diese berufliche Anerkennung im Bereich der reglementierten Berufe. Sie gilt für alle Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU), des sonstigen Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz sowie für alle Drittstaatsangehörigen, die ihre Qualifikation in einem EU- bzw. EWR-Mitgliedstaat bzw. in der Schweiz erworben haben. Die Anerkennung einer Berufsqualifikation durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährt ihrem Inhaber den gleichen Zugang zu demselben Beruf unter denselben Voraussetzungen wie Personen, die diese Berufsqualifikation in Belgien erlangt haben.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde die Richtlinie 2005/36/EG vertikal umgesetzt, d.h. für jeden Bereich, in dem die Deutschsprachige Gemeinschaft für die Anerkennung von reglementierten Berufen zuständig ist. Insbesondere im Unterrichtswesen und im Gesundheitsbereich wurden spezifische Regelungen geschaffen. Der Weg der vertikalen statt der horizontalen Umsetzung wurde im Nachgang an das Gutachten des Staatsrats 60.291/4 vom 23. November 2016 eingeschlagen, in dem Folgendes angemerkt wird:

„Zur Umsetzung der Richtlinie 2013/55/EU¹ muss diese Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Föderalbehörde, der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft berücksichtigt werden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft darf also diese Richtlinie 2013/55/EU nicht horizontal umsetzen, da allein die Wallonische Region dazu zuständig geworden ist; in Angelegenheiten, die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehören, wird sie hingegen „vertikale Umsetzungen“ dieser Richtlinie durchführen müssen.“

Mit der Richtlinie 2018/958 verfolgt der europäische Gesetzgeber das Ziel, die Berufsfreiheit zu fördern und die Rechtsvorschriften der verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen im Rahmen der Richtlinie 2005/36/EG anzugleichen.

So sieht die Richtlinie 2018/958 im Kern vor, dass jegliche Bestimmung, die einen Beruf erstmals reglementiert oder eine bestehende Reglementierung abändert, auf ihre Verhältnismäßigkeit zur angestrebten Zielsetzung überprüft werden muss.

¹ Die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 „zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems“ ändert die Richtlinie 2005/36/EG ab.

Die Bestimmungen der Richtlinie werden in vorliegendem Dekret umgesetzt. Im Gegensatz zur Vorgehensweise bei der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG, soll die Umsetzung der Richtlinie 2018/958 auf horizontale Weise erfolgen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Das vorliegende Dekret behandelt die Teilumsetzung der Richtlinie 2018/958. Es handelt sich um eine Teilumsetzung, da einige Initiativen unter die Zuständigkeit des Föderalstaats bzw. der Regionen fallen. So sind die Regionen für die Regelung eines Großteils der reglementierten Berufe zuständig und der Föderalstaat etwa für den Zugang zu den Gesundheitsberufen. Diese Behörden sind folglich selbst für die Umsetzung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs verantwortlich.

Auch Artikel 9 der Richtlinie wird nicht durch die Deutschsprachige Gemeinschaft umgesetzt, da sie dafür nicht zuständig ist. Artikel 9 der Richtlinie sieht vor, dass ein wirksamer Rechtsbehelf gegen die durch die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten eingeführt werden muss. Die Richtlinie ist anwendbar auf alle Bestimmungen, die den Zugang oder die Ausübung eines reglementierten Berufs einschränken. Bei diesen Bestimmungen handelt es sich um Texte mit Verordnungsscharakter, d.h. Dekrete oder Erlasse. Das belgische Recht sieht bereits wirksame Rechtsmittel vor, nämlich die Nichtigkeitsklagen beim Staatsrat bzw. beim Verfassungsgerichtshof (Artikel 1 des Sondergesetzes vom 1. Juni 1989 über den Verfassungsgerichtshof bzw. Artikel 14 der koordinierten Gesetze vom 12. Januar 1973 über den Staatsrat). Die Schaffung weiterer oder die Abänderung bestehender Rechtsmittel gegen solche Texte liegt nicht im Rahmen der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. unterliegt nicht den impliziten Befugnissen in Anwendung von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, da eine solche Maßnahme nicht notwendig für die Ausübung der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft scheint.

Artikel 2

Artikel 2 Absatz 1 legt den allgemeinen Anwendungsbereich des Dekrets fest, nämlich jegliche Bestimmung zur Reglementierung eines Berufs. Allerdings betrifft vorliegender Dekretentwurf lediglich die Berufe, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft auch zuständig ist. Dabei handelt es sich einerseits um die Berufe im Bereich des Unterrichtswesens, für das die Gemeinschaften gemäß Artikel 130 §1 Absatz 1 Nummer 3 der Verfassung zuständig sind. Andererseits betrifft es die Gesundheitspflegeberufe, allerdings nur innerhalb der Grenzen des Artikels 5 §1 I. Nummer 7 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen. Hier sind die Gemeinschaften nur für das Kontingent und die Zulassung zum Beruf zuständig, während der Föderalstaat für die Zulassungsbedingungen und die Ausübung dieser Berufe zuständig bleibt.

Absatz 2 beinhaltet das allgemeine Ziel des Dekrets, und zwar das Festlegen eines gemeinsamen Rahmens für die Durchführung einer vorhergehenden Verhältnismäßigkeitsprüfung von Bestimmungen, die den Zugang oder die Ausübung eines reglementierten Berufs einschränken.

Artikel 3

In diesem Artikel werden die im Dekret verwendeten Begriffe definiert.

Artikel 4

Dieser Artikel legt den Grundsatz der Nicht-Diskriminierung fest. Bei der Ausarbeitung von Bestimmungen zur Reglementierung eines Berufs ist darauf zu achten, dass diese nicht-diskriminierend sind.

Wie in ständiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bestätigt, ist jede ungerechtfertigte Beschränkung, die aus nationalen Rechtsvorschriften herrührt, die die Niederlassungsfreiheit oder die Dienstleistungsfreiheit einschränken, untersagt, einschließlich jeder Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes.

Artikel 5

Absatz 1 dieses Artikels sieht vor, dass neue Anforderungen für die Aufnahme oder Ausübung eines reglementierten Berufs bzw. die eigentliche Reglementierung eines Berufs durch Ziele des Allgemeininteresses gerechtfertigt sein müssen.

Absatz 2 legt fest, welche Gründe des Allgemeininteresses neue Vorschriften rechtfertigen, während Absatz 3 eine Ausschlussliste von Rechtfertigungsgründen enthält.

Artikel 6

Dieser Artikel legt die Grundsätze der Verhältnismäßigkeitsprüfung fest.

Absatz 1 bestimmt, dass die Verhältnismäßigkeit einer neuen Vorschrift vor ihrer Verabschiedung geprüft werden muss.

Absatz 2 sieht vor, dass der Umfang dieser Prüfung an sich ebenfalls verhältnismäßig sein muss. Hier orientiert sich die Verhältnismäßigkeit an Inhalt und Auswirkung der neuen Vorschriften.

Die Absätze 3 und 4 fördern die Nachvollziehbarkeit der neuen Vorschriften, indem sie vorsehen, dass die neuen Vorschriften von einer Erläuterung begleitet und durch qualitative und ggf. quantitative Elemente gestützt sein müssen.

Absatz 5 bestimmt, dass die Prüfung unabhängig und objektiv erfolgen muss. Solange die Regierung nicht von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, gemäß Absatz 6 eine andere Einrichtung mit der Prüfung zu beauftragen, erfolgt diese in der Praxis durch die zuständigen Fachbereiche des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Als öffentlicher Dienst verfolgt das Ministerium per Definition das Allgemeininteresse und muss in diesem Rahmen die Verhältnismäßigkeitsprüfung auch auf dieser Grundlage vornehmen. Die Prüfung erfolgt unabhängig von der letztendlichen Entscheidung des Ministers bzw. der Regierung oder des Parlaments. Darüber hinaus kann hier erwähnt werden, dass die Prüfung unabhängig vom betroffenen Sektor sein muss. Dadurch, dass die Prüfung im Ministerium erfolgt, ggf. unter Berücksichtigung von Stimmen aus dem betroffenen Sektor, scheint diese Vorgabe erfüllt zu sein.

Derzeit sind zwei Zuständigkeitsgebiete der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Richtlinie betroffen, und zwar der Bereich Gesundheit und das Unterrichtswesen (s. allgemeine Erläuterungen und Kommentar zu Artikel 2). Zwecks vollständiger Meinungsbildung, ob eine neue Maßnahme verhältnismäßig ist oder nicht, wird die Regierung jedes Mal ein Gutachten hierüber einholen. Im Bereich Gesundheit wird dies ein Gutachten des Beirats für Gesundheit sein und im Unterrichtswesen wird dies mit dem Sektorenausschuss besprochen.

Artikel 7

Dieser Artikel legt die Kriterien fest, nach denen die Verhältnismäßigkeit einer Bestimmung zur Reglementierung eines Berufs geprüft wird.

Artikel 8

Interesseträger im Rahmen des vorliegenden Dekrets müssen vor Verabschiedung über die Art und den Umfang der neuen Vorschriften informiert werden. Interesseträger können Bürger, repräsentative Verbände, Sozialpartner sowie natürlich einzelne, aktuelle und künftige Dienstleistungserbringer des reglementierten oder zu reglementierenden Berufs sein. Dieser Artikel sieht vor, wie diese Informationen zur Verfügung gestellt werden. So werden über die Informationsseite des Ministeriums (und zwar auf ostbelgienlive.be bzw. auf ostbelgienbildung.be) entsprechende Informationen allgemein zugänglich veröffentlicht, sodass sichergestellt ist, dass jeder Bürger hiervon Kenntnis nehmen kann.

Artikel 9

Der Artikel sieht vor, dass die Interesseträger auf geeignete Weise in die Ausarbeitung der neuen Vorschriften einbezogen werden müssen und sie die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt geltend zu machen.

Artikel 10

Dieser Artikel sieht vor, dass öffentliche Befragungen durchgeführt werden, wenn dies im Rahmen des vorliegenden Dekrets angemessen und dienlich ist.

Artikel 11

Die Verhältnismäßigkeit einer Vorschrift soll nicht nur vor ihrer Verabschiedung geprüft werden, sondern auch nach diesem Zeitpunkt. So bestimmt dieser Artikel, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft die Übereinstimmung der Verhältnismäßigkeit fortlaufend prüfen und auf entsprechende Entwicklungen angemessen reagieren.

Artikel 12

Dieser Artikel sieht vor, dass die Gründe, die die neuen Vorschriften rechtfertigen in einer europäischen Datenbank eingetragen werden.

Artikel 13

Zwecks Abstimmung mit anderen Mitgliedstaaten ist ein Informationsaustausch über bestehende und neue Vorschriften erforderlich. Dieser Artikel schafft die entsprechende Grundlage dafür.

Artikel 14

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets fest.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung
H. MOLLERS

Ag

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Einführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Verabschiedung oder Abänderung von Berufsreglementierungen

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Europaklausel

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen.

Art. 2 – Anwendungsbereich

Das vorliegende Dekret ist anwendbar auf die Bestimmungen zur Reglementierung folgender Berufe:

1. die Berufe im Bereich des Unterrichtswesens im Sinne von Artikel 130 §1 Absatz 1 Nummer 3 der Verfassung;
2. die Gesundheitspflegeberufe, insoweit die Deutschsprachige Gemeinschaft gemäß Artikel 5 §1 I. Nummer 7 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und gemäß Artikel 4 §2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft zuständig ist.

Es legt die Regeln für einen gemeinsamen Rahmen für die Durchführung von Überprüfungen der Verhältnismäßigkeit von Bestimmungen zur Reglementierung eines Berufs fest, bevor neue Bestimmungen verabschiedet oder bestehende geändert werden, und gewährleistet gleichzeitig ein hohes Verbraucherschutzniveau.

Sind in einem gesonderten Rechtsakt der Europäischen Union spezifische Anforderungen an einen bestimmten Beruf festgelegt, und lässt dieser Rechtsakt den Mitgliedstaaten keine Wahl der genauen Art und Weise der Umsetzung dieser Anforderungen, finden die entsprechenden Bestimmungen des vorliegenden Dekrets keine Anwendung.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Bestimmungen zur Reglementierung eines Berufs: alle Rechts- und Verwaltungsbestimmungen, die den Zugang zu oder die Ausübung eines reglementierten Berufs oder einer Modalität davon einschränken, einschließlich der Verwendung von Berufsbezeichnungen und der Berufstätigkeiten, die aufgrund einer solchen Bezeichnung gestattet sind und in den Anwendungsbereich der durch die Deutschsprachige Gemeinschaft verabschiedeten Rechts- und Verwaltungsbestimmungen zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG fallen;
2. geschützte Berufsbezeichnung: eine Form der Reglementierung eines Berufs, bei der die Verwendung einer Bezeichnung bei der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit oder einer Gruppe von beruflichen Tätigkeiten aufgrund von Rechts- und Verwaltungsbestimmungen unmittelbar oder mittelbar dem Besitz einer bestimmten Berufsqualifikation unterliegt und bei einer missbräuchlichen Verwendung dieser Bezeichnung Sanktionen verhängt werden;
3. Richtlinie 2005/36/EG: die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und

des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen;

4. vorbehaltene Tätigkeiten: eine Form der Reglementierung eines Berufs, bei der der Zugang zu einer beruflichen Tätigkeit oder einer Gruppe von beruflichen Tätigkeiten aufgrund von Rechts- und Verwaltungsbestimmungen unmittelbar oder mittelbar Angehörigen eines reglementierten Berufs, die Inhaber einer bestimmten Berufsqualifikation sind, vorbehalten wird, und zwar auch dann, wenn diese Tätigkeit mit anderen reglementierten Berufen geteilt wird.

Unbeschadet der in Absatz 1 vorgesehenen Begriffsbestimmungen sind für die Anwendung des vorliegenden Dekrets die im Gesetz vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen erwähnten Begriffsbestimmungen anwendbar.

KAPITEL 2 – GRUNDSATZ DER NICHT-DISKRIMINIERUNG UND ZIELE DES ALLGEMEININTERESSES

Art. 4 – Nicht-Diskriminierungsgrundsatz

Vor der Einführung neuer oder der Änderung bestehender Rechts- und Verwaltungsbestimmungen zur Reglementierung eines Berufs wird sichergestellt, dass diese Vorschriften weder eine direkte noch eine indirekte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnsitzes darstellen.

Art. 5 – Rechtfertigung durch Ziele des Allgemeininteresses

Bei der Einführung von Rechts- und Verwaltungsbestimmungen zur Reglementierung eines Berufs, und bei Änderungen von bestehenden Vorschriften wird dafür gesorgt, dass diese durch Ziele des Allgemeininteresses gerechtfertigt sind.

Dabei wird insbesondere berücksichtigt, ob die in Absatz 1 erwähnten Bestimmungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit oder durch sonstige zwingende Gründe des Allgemeininteresses objektiv gerechtfertigt sind. Hierzu zählen etwa die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts der Systeme der sozialen Sicherheit, der Schutz der Verbraucher, der Dienstleistungsempfänger und der Arbeitnehmer, die Wahrung der geordneten Rechtspflege, die Gewährleistung der Lauterkeit des Handelsverkehrs, die Betrugsbekämpfung und die Verhinderung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung sowie die Sicherstellung einer wirksamen Steueraufsicht, die Verkehrssicherheit, der Schutz der Umwelt und der städtischen Umwelt, die Tiergesundheit, das geistige Eigentum, der Schutz und die Erhaltung des nationalen historischen und künstlerischen Erbes, Ziele der Sozialpolitik und Ziele der Kulturpolitik.

Gründe, die rein wirtschaftlicher Natur sind, oder rein verwaltungstechnische Gründe stellen keine zwingenden Gründe des Allgemeininteresses dar, die eine Beschränkung des Zugangs zu reglementierten Berufen oder ihrer Ausübung rechtfertigen können.

KAPITEL 3 – VERHÄLTNISSMÄSSIGKEITSPRÜFUNG

Art. 6 – Vorhergehende Prüfung

Die Regierung nimmt vor der Einführung neuer oder der Änderung bestehender Rechts- und Verwaltungsbestimmungen zur Reglementierung eines Berufs eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit gemäß den im vorliegenden Dekret festgelegten Bestimmungen

vor.

Der Umfang der in Absatz 1 vorgesehenen Prüfung steht im Verhältnis zu der Art, dem Inhalt und den Auswirkungen der Bestimmung.

Alle Bestimmungen zur Reglementierung eines Berufs werden von einer Erläuterung begleitet, die so ausführlich ist, dass eine Bewertung der Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ermöglicht wird.

Die Gründe, aus denen die in Absatz 1 erwähnten Bestimmungen als gerechtfertigt und verhältnismäßig erachtet werden, werden durch qualitative und, soweit möglich und relevant, quantitative Elemente gestützt.

Die in Absatz 1 erwähnte Prüfung erfolgt auf objektive und unabhängige Weise.

Die Regierung kann eine unabhängige Einrichtung damit beauftragen, die Prüfung der Verhältnismäßigkeit vorzunehmen.

Art. 7 - Verhältnismäßigkeit

§1 – Es wird dafür gesorgt, dass einzuführende Rechts- und Verwaltungsbestimmungen zur Reglementierung eines Berufs, und die Änderungen, die an diesen Bestimmungen vorgenommen werden, für die Verwirklichung des angestrebten Ziels geeignet sind und nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinausgehen.

§2 – Zu diesem Zweck wird vor der Verabschiedung der in §1 erwähnten Bestimmungen Folgendes berücksichtigt:

1. die Eigenart der mit den angestrebten Zielen des Allgemeininteresses verbundenen Risiken, insbesondere der Risiken für Dienstleistungsempfänger, einschließlich Verbraucher, Berufsangehörige und Dritte;

2. ob bestehende Regelungen spezifischer oder allgemeiner Art, etwa die Regelungen in Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Produktsicherheit oder des Verbraucherschutzes, nicht ausreichen, um das angestrebte Ziel zu erreichen;

3. die Eignung der Bestimmungen hinsichtlich ihrer Angemessenheit zur Erreichung des angestrebten Ziels, und ob sie diesem Ziel tatsächlich in kohärenter und systematischer Weise gerecht werden und somit den Risiken entgegenwirken, die bei vergleichbaren Tätigkeiten in ähnlicher Weise identifiziert wurden;

4. die Auswirkungen auf den freien Personen- und Dienstleistungsverkehr innerhalb der Europäischen Union, die Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher und die Qualität der bereitgestellten Dienstleistungen;

5. die Möglichkeit des Rückgriffs auf gelindere Mittel zur Erreichung des im Allgemeininteresse liegenden Ziels; insbesondere, wenn die Bestimmungen ausschließlich durch den Verbraucherschutz gerechtfertigt sind und wenn sich die identifizierten Risiken ausschließlich das Verhältnis zwischen dem Berufsangehörigen und dem Verbraucher beschränken und daher keine negativen Auswirkungen auf Dritte haben, oder wenn das Ziel mit weniger einschränkenden Mitteln als der Reservierung von Tätigkeiten erreicht werden kann;

6. die Wirkung der neuen oder geänderten Bestimmungen, wenn sie mit anderen Bestimmungen, die den Zugang zu reglementierten Berufen oder deren Ausübung beschränken, kombiniert werden, und insbesondere, wie die neuen oder geänderten Bestimmungen kombiniert mit anderen Anforderungen zum Erreichen desselben im Allgemeininteresse liegenden Ziels beitragen und ob sie hierfür notwendig sind.

§3 – Darüber hinaus werden die folgenden Elemente berücksichtigt, wenn dies für die

Art und den Inhalt der neu eingeführten oder geänderten Bestimmungen relevant ist:

1. den Zusammenhang zwischen dem Umfang der von einem Beruf erfassten oder einem Beruf vorbehaltenen Tätigkeiten und der erforderlichen Berufsqualifikation;
2. den Zusammenhang zwischen der Komplexität der betreffenden Aufgaben und der Notwendigkeit, dass diejenigen, die sie wahrnehmen, im Besitz einer bestimmten Berufsqualifikation sind, insbesondere in Bezug auf Niveau, Eigenart und Dauer der erforderlichen Ausbildung oder Erfahrung;
3. die Möglichkeit zum Erlangen der beruflichen Qualifikation auf alternativen Wegen;
4. ob und warum die bestimmten Berufen vorbehaltenen Tätigkeiten mit anderen Berufen geteilt oder nicht geteilt werden können;
5. den Grad an Autonomie bei der Ausübung eines reglementierten Berufs und die Auswirkungen von Organisations- und Überwachungsmodalitäten auf die Erreichung des angestrebten Ziels, insbesondere wenn die mit einem reglementierten Beruf zusammenhängenden Tätigkeiten unter der Kontrolle und Verantwortung einer ordnungsgemäß qualifizierten Fachkraft stehen;
6. die wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen, die die Informationsasymmetrie zwischen Berufsangehörigen und Verbrauchern tatsächlich abbauen oder verstärken können.

§4 – Für die Zwecke von §2 Nummer 6 wird die Auswirkung der neuen oder geänderten Bestimmung, wenn sie mit einer oder mehreren Anforderungen kombiniert wird, geprüft, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, dass diese Auswirkungen sowohl positiv als auch negativ sein können, und insbesondere die folgenden:

1. Tätigkeitsvorbehalte, geschützte Berufsbezeichnung oder jede sonstige Form der Reglementierung im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2005/36/EG;
2. Verpflichtungen zur kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung;
3. Vorschriften in Bezug auf Berufsorganisation, Standesregeln und Überwachung;
4. Pflichtmitgliedschaft in einer Berufsorganisation, Registrierungs- und Genehmigungsregelungen, insbesondere wenn diese Anforderungen den Besitz einer bestimmten Berufsqualifikation implizieren;
5. quantitative Beschränkungen, insbesondere Anforderungen, die die Zahl der Zulassungen zur Ausübung eines Berufs begrenzen oder eine Mindest- oder Höchstzahl der Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Vertreter festsetzen, die bestimmte Berufsqualifikationen besitzen;
6. Anforderungen an bestimmte Rechtsformen oder Anforderungen in Bezug auf die Beteiligungsstruktur oder Geschäftsleitung eines Unternehmens, soweit diese Anforderungen unmittelbar mit der Ausübung des reglementierten Berufs zusammenhängen;
7. geografische Beschränkungen, einschließlich dann, wenn der Beruf in anderen Gliedstaaten in einer Weise reglementiert ist, die sich von der Reglementierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterscheidet;
8. Anforderungen, die die gemeinschaftliche oder partnerschaftliche Ausübung eines reglementierten Berufs beschränken, sowie Unvereinbarkeitsregeln;
9. Anforderungen an den Versicherungsschutz oder andere Mittel des persönlichen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht;
10. Anforderungen an Sprachkenntnisse, soweit diese für die Ausübung des Berufs erforderlich sind;
11. festgelegte Mindest- und/oder Höchstpreisanforderungen;
12. Anforderungen für die Werbung.

§5 – Vor der Einführung neuer oder der Änderung bestehender Vorschriften wird zusätzlich dafür gesorgt, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit spezifischer Anforderungen im Zusammenhang mit der vorübergehenden oder gelegentlichen Erbringung von Dienstleistungen gemäß Titel II der Richtlinie 2005/36/EG eingehalten wird, einschließlich:

1. einer automatischen vorübergehenden Eintragung oder einer Pro-forma-

Mitgliedschaft bei einer Berufsorganisation;

2. einer vorherigen Meldung, der Vorlage von geforderten Dokumenten oder einer sonstigen gleichwertigen Anforderung;

3. der Zahlung einer Gebühr oder von Entgelten, die vom Dienstleistungserbringer für die Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit dem Zugang zu reglementierten Berufen oder deren Ausübung gefordert werden.

Absatz 1 gilt nicht für Maßnahmen, durch die die Einhaltung geltender Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen gewährleistet werden soll, die im Einklang mit dem Unionsrecht angewendet werden.

§6 – Betreffen die Bestimmungen zur Reglementierung eines Berufs die Reglementierung von Gesundheitsberufen und haben sie Auswirkungen auf die Patientensicherheit, wird das Ziel der Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus berücksichtigt.

KAPITEL 4 – INFORMATION, ÜBERWACHUNG UND TRANSPARENZ

Art. 8 – Vorhergehende Information für Interesseträger

Vor der Einführung oder Änderung von Bestimmungen zur Reglementierung eines Berufs werden den Bürgern, Dienstleistungsempfängern und anderen Interesseträgern, auch solchen, die keine Angehörigen des betroffenen Berufs sind, Informationen auf dem Internet-Portal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt.

Art. 9 – Einbeziehung von Interesseträgern

Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezieht alle betroffenen Interesseträger in geeigneter Weise ein und gibt ihnen die Gelegenheit, ihren Standpunkt darzulegen.

Die Regierung kann entsprechende Modalitäten festlegen.

Art. 10 – Öffentliche Befragungen

Soweit relevant und angemessen, werden öffentliche Befragungen durchgeführt.

Die Regierung kann Folgendes festlegen:

1. was unter „relevant und angemessen“ zu verstehen ist;
2. die Modalitäten der öffentlichen Befragungen.

Art. 11 – Überwachung

Nach deren Verabschiedung wird die Übereinstimmung von neuen oder geänderten Rechts- und Verwaltungsbestimmungen zur Reglementierung eines Berufs mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit überwacht. Entwicklungen, die nach der Verabschiedung der betreffenden Bestimmung eingetreten sind, wird gebührend Rechnung getragen.

Art. 12 – Transparenz

Die Regierung teilt die Gründe, aus denen die gemäß dem vorliegenden Dekret geprüften Bestimmungen als gerechtfertigt und verhältnismäßig erachtet werden, der EU-Kommission zusammen mit den Bestimmungen gemäß Artikel 59 Absatz 5 der Richtlinie

2005/36/EG mit. Die Regierung trägt diese Gründe in der in Artikel 59 Absatz 1 der Richtlinie 2005/36/EG erwähnten Datenbank für reglementierte Berufe ein.

KAPITEL 5 - INFORMATIONSAUSTAUSCH

Art. 13 – Informationsaustausch mit anderen Mitgliedstaaten

Zur wirksamen Anwendung dieses Dekrets ergreift die Regierung die notwendigen Maßnahmen, um den Informationsaustausch mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die in vorliegendem Dekret geregelten Fragen und darüber, wie diese konkret einen Beruf reglementieren oder wie sich diese Reglementierung auswirkt, zu fördern.

KAPITEL 6 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 14 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 30. Juli 2020 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung
H. MOLLERS

AA
h

UMSETZUNGSTABELLEN

Bestimmungen in der Richtlinie (EU) 2018/958	Bestimmungen im vorliegenden Dekret
Artikel 1	Artikel 2
Artikel 2	Artikel 2 i. V. m. Artikel 3 Absatz 1 Nr. 1
Artikel 3	Artikel 3 Absatz 1 Nr. 3 und 4
Artikel 4 (1) bis (5)	Artikel 6
Artikel 4 (6)	Artikel 11
Artikel 5	Artikel 4
Artikel 6	Artikel 5
Artikel 7	Artikel 7
Artikel 8 (1)	Artikel 8
Artikel 8 (2)	Artikel 9
Artikel 9	-
Artikel 10 (1)	Artikel 13
Artikel 10 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 11 (1)	Artikel 12
Artikel 11 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 12	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 13 (1) Absatz 1	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 13 (1) Absatz 2	Artikel 1
Artikel 13 (2)	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 14	Bedarf keiner Umsetzung
Artikel 15	Bedarf keiner Umsetzung

Bestimmungen im vorliegenden Dekret	Bestimmungen in der Richtlinie (EU) 2018/958
Artikel 1	Artikel 13 (1) Absatz 2
Artikel 2	Artikel 1
Artikel 3	Artikel 3
Artikel 4	Artikel 5
Artikel 5	Artikel 6
Artikel 6	Artikel 4 (1) bis (5)
Artikel 7	Artikel 7
Artikel 8	Artikel 8 (1)
Artikel 9	Artikel 8 (2)
Artikel 10	-
Artikel 11	Artikel 4 (6)
Artikel 12	Artikel 11 (1)
Artikel 13	Artikel 10 (1)
Artikel 14	-

AA
B

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister bevoegd voor Onderwijs en van de Minister bevoegd voor Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Onderwijs is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET TOT INVOERING VAN EEN EVENREDIGHEIDSBEOORDELING VOORAFGAAND AAN DE AANNEMING OF WIJZIGING VAN BEROEPSREGLEMENTERINGEN

INHOUD

Dit voorontwerp van decreet voorziet in de omzetting van de richtlijn (EU) 2018/958 van 28 juni 2018 van het Europees Parlement en de Raad betreffende een evenredigheidsbeoordeling voorafgaand aan een nieuwe reglementering van beroepen in het kader van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Bespreking van de artikelen	5
Voorontwerp	9
Omzettingstabellen.....	15

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Elk artikel van dit decreet voorziet in de omzetting van een bepaald artikel van de richtlijn (EU) 2018/958 van 28 juni 2018 van het Europees Parlement en de Raad betreffende een evenredigheidsbeoordeling voorafgaand aan een nieuwe reglementering van beroepen (hierna: richtlijn 2018/958).

Wie een gereguleerd beroep wil uitoefenen, moet in het bezit zijn van een bepaalde opleidingstitel. Daarom moeten beroepskwalificaties die in het buitenland behaald werden, erkend worden voordat die gereguleerde beroepsactiviteiten in de Duitstalige Gemeenschap mogen worden uitgeoefend.

Die erkenning van gereguleerde beroepen wordt geregeld bij EU-richtlijn 2005/36/EG. Ze geldt voor alle onderdanen van een lidstaat van de Europese Unie (EU), de Europese Economische Ruimte (EER) en Zwitserland, alsook voor alle onderdanen van een derde land die hun kwalificatie in een lidstaat van de EU, in een lidstaat van de EER of in Zwitserland behaald hebben. Als een beroepskwalificatie door de Duitstalige Gemeenschap erkend wordt, heeft de houder van die beroepskwalificatie dezelfde toegang tot hetzelfde beroep onder dezelfde voorwaarden als personen die deze beroepskwalificatie in België behaald hebben.

In de Duitstalige Gemeenschap werd richtlijn 2005/36/EG verticaal omgezet, dus per domein dat voor de erkenning van gereguleerde beroepen onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap valt. Zo werden specifieke regelingen voor het onderwijs en voor de gezondheidssector gecreëerd. Er werd voor een verticale omzetting gekozen op grond van advies 60.291/4 van de Raad van State van 23 november 2016 waarin het volgende werd opgemerkt:

"Bij de omzetting van richtlijn 2013/55/EU¹ moet rekening worden gehouden met die verdeling van de bevoegdheden tussen de federale overheid, het Waalse Gewest en de Duitstalige Gemeenschap. De Duitstalige Gemeenschap mag die richtlijn 2013/55/EU dus niet horizontaal omzetten, aangezien alleen het Waalse Gewest daartoe bevoegd geworden is; de Duitstalige Gemeenschap zal die richtlijn echter verticaal moeten omzetten voor aangelegenheden die tot haar bevoegdheid behoren.(vertaling)"

Met richtlijn 2018/958 wil de Europese wetgever de vrijheid van beroep bevorderen en de wetgeving van de verschillende lidstaten van de Europese Unie inzake de erkenning van beroepskwalificaties in het kader van richtlijn 2005/36/EG harmoniseren.

In wezen bepaalt richtlijn 2018/958 dat elke bepaling die een beroep voor het eerst reguleert of een bestaande reglementering wijzigt, moet worden getoetst aan de evenredigheid met het nagestreefde doel.

De bepalingen van de richtlijn worden in dit decreet omgezet. In tegenstelling tot de procedure voor de omzetting van richtlijn 2005/36/EG is het de bedoeling richtlijn 2018/958 op horizontale wijze om te zetten.

¹ De richtlijn 2013/55/EU van het Europees Parlement en de Raad van 20 november 2013 tot wijziging van richtlijn 2005/36/EG betreffende de erkenning van beroepskwalificaties en verordening (EU) nr. 1024/2012 betreffende de administratieve samenwerking via het Informatiesysteem interne markt („de IMI-verordening”) wijzigt richtlijn 2005/36/EG.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van richtlijn 2018/958. Het gaat om een gedeeltelijke omzetting, omdat een aantal initiatieven onder de bevoegdheid van de federale overheid of de gewesten vallen. Zo zijn de gewesten bevoegd voor de regeling van een groot deel van de gereguleerde beroepen en is de federale overheid bevoegd voor de toegang tot de gezondheidszorgberoepen. Die instanties zijn bijgevolg zelf verantwoordelijk voor de omzetting binnen hun bevoegdheidsgebied.

De Duitstalige Gemeenschap voorziet niet in de omzetting van artikel 9 van de richtlijn, omdat ze daartoe niet bevoegd is. Artikel 9 van de richtlijn bepaalt dat er effectieve beroepsmogelijkheden moeten worden ingevoerd ten aanzien van de onder de richtlijn vallende aangelegenheden. De richtlijn is van toepassing op alle bepalingen die de toegang tot of de uitoefening van een gereguleerd beroep beperken. Bij die bepalingen gaat het om verordenende teksten, d.w.z. decreten of besluiten. Het Belgische recht voorziet reeds in doeltreffende rechtsmiddelen, namelijk beroepen tot nietigverklaring voor de Raad van State of het Grondwettelijk Hof (artikel 1 van de bijzondere wet van 1 juni 1989 betreffende het Grondwettelijk Hof of artikel 14 van de gecoördineerde wetten van 12 januari 1973 betreffende de Raad van State). Het instellen van verdere rechtsmiddelen of het wijzigen van bestaande rechtsmiddelen tegen dergelijke teksten valt niet onder de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap of valt niet onder de impliciete bevoegdheden met toepassing van artikel 10 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, aangezien een dergelijke maatregel niet noodzakelijk lijkt voor de uitoefening van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 2

Artikel 2, eerste lid, bepaalt het algemene toepassingsgebied van het decreet, namelijk alle bepalingen ter reglementering van een beroep. Dit ontwerpdecreet heeft echter alleen betrekking op de beroepen waarvoor de Duitstalige Gemeenschap bevoegd is. Dit zijn enerzijds de beroepen op het gebied van onderwijs waarvoor de gemeenschappen krachtens artikel 130, § 1, eerste lid, 3°, van de Grondwet bevoegd zijn. Anderzijds gaat het om de beroepen in de gezondheidszorg, maar alleen binnen de grenzen van artikel 5, § 1, I, 7°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen. Hier zijn de gemeenschappen alleen bevoegd voor het beroepscontingent en de erkenning van het beroep, terwijl de federale staat bevoegd blijft voor de voorwaarden inzake toegang en uitoefening van deze beroepen.

Het tweede lid bevat de algemene doelstelling van het decreet, namelijk het vaststellen van een gemeenschappelijk kader voor het uitvoeren van een voorafgaande evenredigheidstoetsing van bepalingen die de toegang tot of de uitoefening van een gereguleerd beroep beperken.

Artikel 3

Dit artikel bevat de definitie van begrippen die in het decreet worden gebruikt.

Artikel 4

In dit artikel wordt het beginsel van non-discriminatie verankerd. Bij het uitwerken van bepalingen ter reglementering van een beroep moet erop toegezien worden dat deze bepalingen niet discriminerend zijn.

Zoals bevestigd door de vaste rechtspraak van het Europees Hof van Justitie is elke ongerechtvaardigde beperking die voortvloeit uit de nationale regelgeving en die de vrijheid van vestiging of het vrij verrichten van diensten beperkt, verboden, met inbegrip van elke discriminatie op grond van nationaliteit of woonplaats.

Artikel 5

Het eerste lid van dit artikel bepaalt dat nieuwe vereisten voor de toegang tot een gereguleerd beroep of voor de uitoefening van een gereguleerd beroep of de eigenlijke reglementering van een beroep gerechtvaardigd moeten zijn door doelstellingen van algemeen belang.

Het tweede lid bepaalt welke redenen van algemeen belang nieuwe bepalingen rechtvaardigen, terwijl het derde lid een lijst bevat met rechtvaardigingsgronden die geen nieuwe bepalingen rechtvaardigen.

Artikel 6

In dit artikel wordt het beginsel van de evenredigheidsbeoordeling vastgelegd.

In het eerste lid staat dat de evenredigheid van een nieuwe bepaling moet worden beoordeeld voordat deze wordt aangenomen.

Het tweede lid bepaalt dat ook de omvang van die toetsing evenredig moet zijn. Hier is de evenredigheid gebaseerd op de inhoud en het effect van de nieuwe bepalingen.

Het derde en het vierde lid zorgen bevorderen het begrip voor de nieuwe bepalingen door op te leggen dat ze vergezeld moeten gaan van een toelichting en onderbouwd moeten worden met kwalitatieve en, in voorkomend geval, kwantitatieve elementen.

Het vijfde lid bepaalt dat de beoordeling onafhankelijk en objectief moet worden uitgevoerd. Zolang de Regering geen gebruik heeft gemaakt van haar mogelijkheid om de beoordeling overeenkomstig het zesde lid door een andere instantie te laten uitvoeren, zal dit in de praktijk worden gedaan door de bevoegde departementen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. Als openbare dienst streeft het Ministerie per definitie het algemeen belang na en moet het in dit verband ook de evenredigheidsbeoordeling op basis daarvan uitvoeren. Het onderzoek wordt onafhankelijk van de uiteindelijke beslissing van de Minister of de Regering of het Parlement uitgevoerd. Bovendien kan hier worden vermeld dat de beoordeling onafhankelijk van de betrokken sector moet zijn. Het feit dat de beoordeling binnen het Ministerie wordt uitgevoerd, eventueel rekening houdend met stemmen uit de betrokken sector, lijkt aan deze eis te voldoen.

Momenteel vallen twee bevoegdheidsgebieden van de Duitstalige Gemeenschap onder de richtlijn, namelijk gezondheid en onderwijs (zie algemene toelichting en commentaar bij artikel 2). Om volledig te kunnen beoordelen of een nieuwe maatregel al dan evenredig is, zal de Regering telkens advies daarover aanvragen. Op het gebied van gezondheid zal dit een advies zijn van de Adviescommissie voor gezondheid en op het gebied van onderwijs zal de maatregel worden besproken met het sectoraal comité.

Artikel 7

Dit artikel bepaalt op basis van welke criteria beoordeeld wordt of een bepaling ter reglementering van een beroep evenredig is.

Artikel 8

Belanghebbenden in het kader van dit decreet moeten op de hoogte worden gebracht van de aard en de omvang van de nieuwe bepalingen voordat deze worden aangenomen. Belanghebbenden kunnen burgers, representatieve organisaties, sociale partners en natuurlijk individuele, huidige en toekomstige dienstverleners van het gereguleerde of te reguleren beroep zijn. Dit artikel bepaalt hoe deze informatie ter beschikking wordt gesteld. Zo wordt via de informatiesite van het Ministerie (op ostbelgienlive.be of op ostbelgienbildung.be) relevante informatie in een algemeen toegankelijke vorm gepubliceerd, zodat elke burger er kennis van kan nemen.

Artikel 9

Het artikel bepaalt dat de belanghebbenden op passende wijze bij de voorbereiding van de nieuwe bepalingen moeten worden betrokken en dat zij de gelegenheid moeten krijgen hun standpunt kenbaar te maken.

Artikel 10

Dit artikel bepaalt dat openbare raadplegingen worden gehouden wanneer dit passend en nuttig is in het kader van dit decreet.

Artikel 11

De evenredigheid van een bepaling moet niet alleen vóór, maar ook na de aanneming ervan worden beoordeeld. Dit artikel bepaalt dan ook dat de Duitstalige Gemeenschap de overeenstemming met het evenredigheidsbeginsel voortdurend toetst en op passende wijze zal reageren op eventuele ontwikkelingen.

Artikel 12

Dit artikel bepaalt dat de redenen die de nieuwe bepalingen rechtvaardigen, moeten worden opgenomen in een Europese databank.

Artikel 13

Een uitwisseling van informatie over bestaande en nieuwe bepalingen is noodzakelijk voor de coördinatie met andere lidstaten. Dit artikel vormt hiervoor de passende basis.

Artikel 14

Dit artikel bepaalt de inwerkingtreding van het decreet.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
H. MOLLERS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot invoering van een evenredigheidsbeoordeling voorafgaand aan de aanneming of wijziging van beroepsreglementeringen

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Europese clause

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de richtlijn (EU) 2018/958 van het Europees Parlement en de Raad van 28 juni 2018 betreffende een evenredigheidsbeoordeling voorafgaand aan een nieuwe reglementering van beroepen.

Art. 2 – Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op de bepalingen waarbij de volgende beroepen gereguleerd worden:

1° de beroepen in het onderwijs in de zin van artikel 130, § 1, eerste lid, 3°, van de Grondwet;

2° de gezondheidszorgberoepen, voor zover de Duitstalige Gemeenschap bevoegd is overeenkomstig artikel 5, § 1, I, 7°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en overeenkomstig artikel 4, § 2, van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

Dit decreet stelt de regels vast voor een gemeenschappelijk kader om, voordat nieuwe bepalingen ter reglementering van een beroep worden ingevoerd of bestaande bepalingen ter reglementering van een beroep worden gewijzigd, te beoordelen of die bepalingen evenredig zijn; dit decreet waarborgt daarbij een hoog niveau van consumentenbescherming.

Wanneer specifieke vereisten betreffende de reglementering van een bepaald beroep zijn vastgelegd in een afzonderlijke handeling van de Unie die de lidstaten geen keuze laat ten aanzien van de precieze wijze waarop deze vereisten moeten worden omgezet in nationaal recht, zijn de overeenkomstige bepalingen van deze richtlijn niet van toepassing.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° bepalingen ter reglementering van een beroep: alle wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen die de toegang tot of de uitoefening, dan wel één van de wijzen van uitoefening, van een gereguleerd beroep beperken, met inbegrip van het voeren van beroepstitels en de beroepsactiviteiten die een dergelijke titel toelaten, en die binnen het toepassingsgebied vallen van de wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen van de Duitstalige Gemeenschap tot omzetting van de richtlijn 2005/36/EG;

2° beschermde beroepstitel: een vorm van reglementering van een beroep waarbij het voeren van een titel in het kader van een beroepsactiviteit of een geheel van beroepsactiviteiten uit hoofde van wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen direct of indirect afhankelijk wordt gesteld van het bezit van een specifieke beroepskwalificatie, en het onterecht voeren van die titel aanleiding geeft tot sancties;

3° richtlijn 2005/36/EG: de richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties;

4° voorbehouden activiteiten: een vorm van reglementering van een beroep waarbij de

toegang tot een beroepsactiviteit of een geheel van beroepsactiviteiten uit hoofde van wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen direct of indirect wordt voorbehouden aan de beoefenaars van een gereguleerd beroep die een specifieke beroepskwalificatie bezitten, ook wanneer de activiteit wordt gedeeld met andere gereguleerde beroepen.

Voor de toepassing van dit decreet gelden, onverminderd de definities vermeld in het eerste lid, de definities vermeld in de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties.

HOOFDSTUK 2 – BEGINSEL VAN NON-DISCRIMINATIE EN DOELSTELLINGEN VAN ALGEMEEN BELANG

Art. 4 – Beginsel van non-discriminatie

Voorafgaand aan de invoering van nieuwe of de wijziging van bestaande wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen ter reglementering van een beroep wordt ervoor gezorgd dat die bepalingen direct noch indirect discriminerend zijn op grond van nationaliteit of woonplaats.

Art. 5 – Rechtvaardiging uit hoofde van doelstellingen van algemeen belang

Bij de invoering of wijziging van wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen ter reglementering van een beroep wordt ervoor gezorgd dat die invoering of wijziging gerechtvaardigd is uit hoofde van doelstellingen van algemeen belang.

Daarbij wordt er met name rekening mee gehouden , of de in het eerste lid bedoelde bepalingen objectief gerechtvaardigd zijn op grond van openbare orde, openbare veiligheid of volksgezondheid, dan wel op grond van dwingende redenen van algemeen belang. Daartoe behoren onder meer: de handhaving van het financiële evenwicht van het socialezekerheidsstelsel; de bescherming van consumenten, afnemers van diensten en werknemers; het waarborgen van een goede rechtsbedeling; het waarborgen van de eerlijkheid van handelstransacties; de bestrijding van fraude en het voorkomen van belastingontduiking en belastingontwijking en het waarborgen van de doeltreffendheid van het fiscale toezicht; de verkeersveiligheid; de bescherming van het milieu en het stedelijk milieu; diergezondheid; intellectuele eigendom; de bescherming en instandhouding van het nationaal historisch en artistiek erfgoed; doelstellingen van het sociaal beleid en doelstellingen van het cultuurbeleid.

Redenen van zuiver economische aard of zuiver administratieve redenen vormen geen dwingende redenen van algemeen belang die een beperking van de toegang tot of de uitoefening van gereguleerde beroepen rechtvaardigen.

HOOFDSTUK 3 – EVENREDIGHEIDSBEOORDELING

Art. 6 – Voorafgaande beoordeling

De Regering verricht overeenkomstig dit decreet een evenredigheidsbeoordeling voorafgaand aan de invoering van nieuwe of de wijziging van bestaande wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen ter reglementering van een beroep.

De omvang van de in het eerste lid vermelde beoordeling is evenredig met de aard, de inhoud en de effecten van de bepaling.

Alle bepalingen ter reglementering van een beroep worden vergezeld van een toelichting die voldoende gedetailleerd is om op basis hiervan de naleving van het evenredigheidsbeginsel te beoordelen.

De redenen waarom de in het eerste lid bedoelde bepalingen gerechtvaardigd en evenredig worden geacht, worden met kwalitatieve en, indien mogelijk en relevant, kwantitatieve elementen onderbouwd.

De beoordeling bedoeld in het eerste lid wordt op objectieve en onafhankelijke wijze uitgevoerd.

De Koning kan een onafhankelijk orgaan met de evenredigheidsbeoordeling belasten.

Art. 7 – Evenredigheid

§ 1 – Er wordt voor gezorgd dat de in te voeren wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen ter reglementering van een beroep en de wijzigingen die ten aanzien van bestaande bepalingen worden aangebracht, geschikt zijn om de nagestreefde doelstelling te verwezenlijken en niet verder gaan dan nodig is om die doelstelling te verwezenlijken.

§ 2 – Daartoe wordt, alvorens de in paragraaf 1 bedoelde bepalingen vast te stellen, rekening gehouden met:

1° de aard van de risico's die verbonden zijn aan de nagestreefde doelstellingen van algemeen belang, met name de risico's voor afnemers van diensten, met inbegrip van consumenten, voor beroepsbeoefenaars of voor derden;

2° de vraag of bestaande voorschriften van specifieke of algemene aard, zoals die welke zijn neergelegd in het recht inzake productveiligheid of het consumentenrecht, niet toereikend zijn om de nagestreefde doelstelling te bereiken;

3° de geschiktheid van de bepalingen om het nagestreefde doel te bereiken en de vraag of zij daadwerkelijk op coherente en stelselmatige wijze aan die doelstelling beantwoordt en dus gericht is op de risico's die op soortgelijke wijze als bij vergelijkbare activiteiten zijn vastgesteld;

4° de effecten op het vrije verkeer van personen en diensten in de Europese Unie, op de keuzemogelijkheden voor de consument en op de kwaliteit van de dienstverlening;

5° de mogelijkheid gebruik te maken van minder beperkende maatregelen om de doelstelling van algemeen belang te bereiken; en met name wanneer de bepalingen alleen worden gerechtvaardigd door de bescherming van consumenten en wanneer de vastgestelde risico's uitsluitend verband houden met de verhouding tussen de beroepsbeoefenaar en de consument en derhalve geen negatieve gevolgen hebben voor derden, of de doelstelling kan worden bereikt door middel van minder beperkende middelen dan het voorbehouden van activiteiten;

6° het effect van nieuwe of gewijzigde bepalingen, in combinatie met andere bepalingen die de toegang tot of de uitoefening van gereguleerde beroepen beperken, en met name de vraag hoe de nieuwe of de gewijzigde bepalingen, in combinatie met andere vereisten, bijdragen tot het bereiken van dezelfde doelstelling van algemeen belang en of ze daarvoor noodzakelijk zijn.

§ 3 – Voorts wordt aandacht besteed aan de volgende elementen, indien relevant voor de aard en de inhoud van de bepalingen die worden ingevoerd of gewijzigd:

1° het verband tussen de omvang van de activiteiten die onder een beroep vallen of daaraan zijn voorbehouden en de vereiste beroepskwalificatie;

2° het verband tussen de complexiteit van de taken in kwestie en de noodzaak dat degenen die ze uitvoeren over specifieke beroepskwalificaties beschikken, met name wat

betreft het niveau, de aard en de duur van de vereiste opleiding of ervaring;

3° de mogelijkheid om de beroepskwalificatie via alternatieve trajecten te verkrijgen;

4° de vraag of en waarom de aan bepaalde beroepen voorbehouden activiteiten al dan niet met andere beroepen kunnen worden gedeeld;

5° de mate van zelfstandigheid bij de uitoefening van een gereguleerd beroep en de gevolgen van organisatorische en toezichtregelingen voor de verwezenlijking van de nastreefde doelstelling, in het bijzonder wanneer de met een gereguleerd beroep verband houdende activiteiten worden uitgeoefend onder toezicht en verantwoordelijkheid van een naar behoren gekwalificeerde beroepsbeoefenaar;

6° de wetenschappelijke en technologische ontwikkelingen die de asymmetrie van informatie tussen beroepsbeoefenaars en consumenten daadwerkelijk kunnen verkleinen of vergroten.

§ 4 – Voor de toepassing van § 2, 6°, wordt beoordeeld of de nieuwe of gewijzigde bepaling een positief of een negatief effect heeft wanneer die wordt gecombineerd met een of meer vereisten en in het bijzonder met de volgende vereisten:

1° voorbehouden activiteiten, beschermde beroepstitel of iedere andere vorm van vereiste voorzien door een bepaling ter reglementering van een beroep in de zin van artikel 3, lid 1, onder a), van de richtlijn 2005/36/EG;

2° verplichtingen om een opleiding inzake permanente beroepsontwikkeling te volgen;

3° regels betreffende de organisatie van het beroep, beroepsethiek en toezicht;

4° verplicht lidmaatschap van een beroepsorganisatie of -orgaan alsmede registratie- of vergunningsregelingen, met name wanneer die vereisten het bezit van een specifieke beroepskwalificatie impliceren;

5° kwantitatieve beperkingen, met name vereisten op grond waarvan het aantal vergunningen voor de uitoefening van een beroep wordt beperkt dan wel een minimum- of maximumaantal werknemers, leidinggevend en/of vertegenwoordigers in het bezit van specifieke beroepskwalificaties wordt vastgesteld;

6° specifieke vereisten inzake rechtsvorm of vereisten die verband houden met de deelneming in of het bestuur van een onderneming, voor zover deze vereisten rechtstreeks gekoppeld zijn aan de uitoefening van het gereguleerde beroep;

7° geografische beperkingen, ook wanneer het beroep in andere (deel)entiteiten anders gereguleerd is dan in de Duitstalige Gemeenschap;

8° vereisten op grond waarvan het gezamenlijk of in partnerschap uitoefenen van een gereguleerd beroep wordt beperkt, alsmede incompatibiliteitsregels;

9° vereisten inzake verzekering of andere individuele of collectieve vormen van bescherming inzake beroepsaansprakelijkheid;

10° vereisten inzake talenkennis, voor zover nodig voor de uitoefening van het beroep;

11° vereisten inzake vaste minimum- en/of maximumtarieven;

12° vereisten inzake reclame.

§ 5 – Alvorens nieuwe bepalingen in te voeren of bestaande bepalingen te wijzigen, wordt daarnaast gezorgd voor de conformiteit met het evenredigheidsbeginsel van specifieke vereisten met betrekking tot de tijdelijke of incidentele verrichting van diensten, zoals bedoeld in titel II van richtlijn 2005/36/EG, waaronder:

1° automatische tijdelijke registratie bij of pro-formalidmaatschap van een beroepsorganisatie of -orgaan;

2° een van tevoren af te leggen verklaring, documenten die vereist zijn of enig ander equivalent vereiste;

3° de betaling van een vergoeding, of van kosten, voor administratieve procedures, die verband houdt of houden met de toegang tot of de uitoefening van gereguleerde beroepen en die voor rekening komt of komen van de dienstverrichter.

Het eerste lid is niet van toepassing op maatregelen die ontworpen zijn om de

conformiteit te waarborgen met toepasselijke arbeids- en tewerkstellingsvoorwaarden die overeenkomstig het recht van de Europese Unie worden toegepast.

§ 6 – Indien de bepalingen ter reglementering van een beroep betrekking hebben op de reglementering van beroepen in de gezondheidszorg en gevolgen hebben voor de veiligheid van de patiënt, wordt rekening gehouden met de doelstelling te zorgen voor een hoog niveau van bescherming van de menselijke gezondheid.

HOOFDSTUK 4 – INFORMATIE, TOEZICHT EN TRANSPARANTIE

Art. 8 – Voorafgaande informatie voor belanghebbenden

Voordat bepalingen ter reglementering van een beroep worden ingevoerd of gewijzigd, wordt op het webportaal van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap informatie ter beschikking gesteld voor de burgers, voor de afnemers van diensten en voor andere belanghebbenden, met inbegrip van belanghebbenden die geen beoefenaar van het betrokken beroep zijn.

Art. 9 – Overleg met belanghebbenden

De Duitstalige Gemeenschap overlegt op gepaste wijze met alle betrokken belanghebbenden en geeft hun de gelegenheid hun standpunten kenbaar te maken.

De Regering kan daarvoor nadere regels vaststellen.

Art. 10 – Openbare raadplegingen

Voor zover dit relevant en gepast is, worden openbare raadplegingen gehouden.

De Regering kan het volgende vastleggen:

- 1° wat onder "relevant en gepast" moet worden verstaan;
- 2° de nadere regels voor de openbare raadplegingen.

Art. 11 – Toezicht

Na de aanneming van nieuwe of gewijzigde wettelijke, verordenende of bestuursrechtelijke bepalingen ter reglementering van een beroep wordt gecontroleerd of deze bepalingen in overeenstemming zijn met het evenredigheidsbeginsel. Daarbij wordt naar behoren rekening gehouden met de ontwikkelingen die zich sinds de aanneming van de desbetreffende bepaling hebben voorgedaan.

Art. 12 – Transparantie

De redenen op grond waarvan de overeenkomstig dit decreet beoordeelde bepalingen gerechtvaardigd en evenredig worden geacht, worden, samen met die bepalingen, op grond van artikel 59, lid 5, van richtlijn 2005/36/EG door de Regering meegedeeld aan de EU-Commissie. De Regering neemt die redenen op in de databank met gereguleerde beroepen als bedoeld in artikel 59, lid 1, van de richtlijn 2005/36/EG.

HOOFDSTUK 5 – UITWISSELING VAN INFORMATIE

Art. 13 – Uitwisseling van informatie met andere lidstaten

Met het oog op de doeltreffende toepassing van dit decreet neemt de Regering de noodzakelijke maatregelen om de uitwisseling van informatie met andere lidstaten van de Europese Unie aan te moedigen over aangelegenheden die onder dit decreet vallen, alsmede over de specifieke wijze waarop een beroep wordt gereguleerd of over de gevolgen van die reglementering.

HOOFDSTUK 6 – SLOTBEPALINGEN

Art. 14 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 30 juli 2020.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
H. MOLLERS

OMZETTINGSTABELLEN

Bepalingen in Richtlijn (EU) 2018/958	Bepalingen in het decreet
Artikel 1	Artikel 2
Artikel 2	Artikel 2 in samenlezing met artikel 3, eerste lid, 1°
Artikel 3	Artikel 3, eerste lid, 3° en 4°
Artikel 4, lid 1 tot lid 5	Artikel 6
Artikel 4, lid 6	Artikel 11
Artikel 5	Artikel 4
Artikel 6	Artikel 5
Artikel 7	Artikel 7
Artikel 8, lid 1	Artikel 8
Artikel 8, lid 2	Artikel 9
Artikel 9	-
Artikel 10, lid 1	Artikel 13
Artikel 10, lid 2	Hoeft niet te worden omgezet
Artikel 11, lid 2	Artikel 12
Artikel 11, lid 2	Hoeft niet te worden omgezet
Artikel 12	Hoeft niet te worden omgezet
Artikel 13, lid 1, eerste alinea	Hoeft niet te worden omgezet
Artikel 13, lid 1, tweede alinea	Artikel 1
Artikel 13, lid 2	Hoeft niet te worden omgezet
Artikel 14	Hoeft niet te worden omgezet
Artikel 15	Hoeft niet te worden omgezet

Bepalingen in het decreet	Bepalingen in Richtlijn (EU) 2018/958
Artikel 1	Artikel 13, lid 1, tweede alinea
Artikel 2	Artikel 1
Artikel 3	Artikel 3
Artikel 4	Artikel 5
Artikel 5	Artikel 6
Artikel 6	Artikel 4, lid 1 tot lid 5
Artikel 7	Artikel 7
Artikel 8	Artikel 8, lid 1
Artikel 9	Artikel 8, lid 2
Artikel 10	-
Artikel 11	Artikel 4, lid 6
Artikel 12	Artikel 11, lid 1
Artikel 13	Artikel 10, lid 1
Artikel 14	-

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Enseignement et du Ministre compétent en matière de Santé;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Enseignement est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DÉCRET INSTAURANT UN CONTRÔLE DE PROPORTIONNALITÉ AVANT L'ADOPTION D'UNE NOUVELLE RÉGLEMENTATION DE PROFESSIONS

CONTENU

Le présent avant-projet de décret vise la transposition – dans le cadre des compétences de la Communauté germanophone – de la Directive (UE) 2018/958 du Parlement européen et du Conseil du 28 juin 2018 relative à un contrôle de proportionnalité avant l'adoption d'une nouvelle réglementation de professions

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	2
Explications générales	2
Commentaire des articles	3
Avant-projet	6
Tableau de transposition.....	12

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Chaque article du présent décret transpose un article déterminé de la Directive (UE) 2018/958 du Parlement européen et du Conseil du 28 juin 2018 relative à un contrôle de proportionnalité avant l'adoption d'une nouvelle réglementation de professions (ci-après dénommée « Directive 2018/958 »).

L'exercice des professions réglementées est subordonné à la possession de certains titres de formation. Il est donc nécessaire de reconnaître les qualifications professionnelles obtenues à l'étranger avant que ces activités professionnelles réglementées ne puissent être exercées en Communauté germanophone.

La directive européenne 2005/36/CE régit cette reconnaissance professionnelle dans le domaine des professions réglementées. Elle s'applique à tous les ressortissants d'un État membre de l'Union européenne (UE), de l'Espace économique européen (EEE) et de la Suisse, ainsi que pour tous les ressortissants d'un pays tiers qui ont acquis leurs qualifications dans un État membre de l'UE ou de l'EEE ou en Suisse. La reconnaissance par la Communauté germanophone d'une qualification professionnelle donne à son titulaire le même accès à la même profession, dans les mêmes conditions, que les personnes ayant obtenu cette qualification professionnelle en Belgique.

En Communauté germanophone, la directive 2005/36/CE a été transposée verticalement, c'est-à-dire pour chaque domaine où la Communauté germanophone est compétente pour la reconnaissance des professions réglementées. Des règles spécifiques ont été mises en place, notamment dans le domaine de l'enseignement et de la santé. La voie de la mise en œuvre verticale plutôt que horizontale a été empruntée à la suite de l'avis rendu par le Conseil d'État le 23 novembre 2016 (60.291/4 du 23 novembre 2016), dans lequel il fait observer que:

«Pour transposer la directive 2013/55/UE¹, il y a lieu de tenir compte de cette répartition des compétences entre l'autorité fédérale, la Région wallonne et la Communauté germanophone. La Communauté germanophone ne peut donc pas procéder à une transposition horizontale de cette directive 2013/55/UE, la Région wallonne étant devenue seule compétente pour le faire; elle devra, par contre, procéder à des «transpositions verticales» de celle-ci dans les matières relevant de sa compétence.»

La directive 2018/958 vise à promouvoir la liberté professionnelle et à aligner la législation des différents États membres de l'Union européenne en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles dans le cadre de la directive 2005/36/CE.

En effet, la directive 2018/958 prévoit en substance que toute disposition qui réglemente pour la première fois une profession ou modifie une réglementation existante doit être examinée afin de vérifier sa proportionnalité par rapport à l'objectif recherché.

Les dispositions de la directive sont transposées dans le présent décret. Contrairement à la transposition de la directive 2005/36/CE, celle de la directive 2018/958 doit être horizontale.

¹ La directive 2013/55/UE du Parlement européen et du Conseil du 20 novembre 2013 « modifiant la directive 2005/36/CE relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles et le règlement (UE) n° 1024/2012 concernant la coopération administrative au moyen du système d'information du marché intérieur » modifie la directive 2005/36/CE.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Le présent décret porte sur la transposition partielle de la directive 2018/958. Il s'agit d'une transposition partielle, car certaines initiatives relèvent de la compétence de l'État fédéral ou des Régions, selon le cas. Ainsi, les Régions sont compétentes pour régir une grande partie des professions réglementées et l'État fédéral, par exemple, pour l'accès aux professions de la santé. Ces autorités sont donc elles-mêmes responsables de la transposition dans leur champ de compétence.

Aussi, l'article 9 de la directive n'est-il pas transposé par la Communauté germanophone, car elle n'est pas compétente. L'article 9 de la directive prévoit qu'un recours effectif contre les questions régies par la directive doit être instauré. La directive s'applique à toutes les dispositions qui restreignent l'accès ou l'exercice d'une profession réglementée. Ces dispositions sont des textes réglementaires, c'est-à-dire des décrets ou des arrêtés. Le droit belge prévoit déjà des recours effectifs, à savoir les recours en annulation devant le Conseil d'État ou la Cour constitutionnelle, selon le cas (article 1^{er} de la loi spéciale du 1^{er} juin 1989 sur la Cour constitutionnelle et article 14 des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973). La création de recours supplémentaires contre de tels textes ou la modification de ceux existant déjà ne relève pas des compétences de la Communauté germanophone ou n'est pas soumise aux pouvoirs implicites en application de l'article 10 de la loi spéciale du 8 août 1980 sur la réforme des institutions, une telle mesure ne semblant pas nécessaire pour l'exercice des compétences de la Communauté germanophone.

Article 2

L'article 2, alinéa 1^{er}, définit le champ d'application général du décret, à savoir toute disposition réglementant une profession. Toutefois, le présent projet de décret ne concerne que les professions relevant de la compétence de la Communauté germanophone. Il s'agit, d'une part, des professions de l'enseignement, domaine pour lequel les Communautés sont compétentes en vertu de l'article 130, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3^o, de la Constitution. D'autre part, il concerne les professions de soins de santé, mais seulement dans les limites de l'article 5, § 1^{er}, I., 7^o, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Dans ce domaine, les Communautés ne sont compétentes que pour le contingent et l'accès à la profession, tandis que l'État fédéral reste compétent pour les conditions d'admission et l'exercice de ces professions.

L'alinéa 2 reprend l'objectif général du décret, à savoir l'établissement d'un cadre commun pour la mise en œuvre d'un contrôle de proportionnalité préalable pour les dispositions limitant l'accès ou l'exercice d'une profession réglementée.

Article 3

Les notions utilisées dans le décret sont définies dans cet article.

Article 4

Cet article établit le principe de non-discrimination. Lors de l'élaboration de dispositions réglementant une profession, il convient de veiller à ce qu'elles ne soient pas discriminatoires.

Comme le confirme la jurisprudence constante de la Cour de justice de l'Union européenne, toute restriction injustifiée résultant de législations nationales restreignant la liberté d'établissement ou la libre prestation de services est interdite, y compris toute discrimination fondée sur la nationalité ou la résidence.

Article 5

L'alinéa 1^{er} de cet article prévoit que de nouvelles exigences relatives à l'accès à une profession réglementée ou à l'exercice d'une telle profession ou la réglementation proprement dite d'une profession doivent être justifiées par des objectifs d'intérêt général.

L'alinéa 2 définit les raisons d'intérêt général qui justifient l'adoption de nouvelles règles, tandis que l'alinéa 3 contient une liste d'exclusion des motifs de justification.

Article 6

Cet article fixe les principes du contrôle de proportionnalité.

L'alinéa 1^{er} prévoit que la proportionnalité d'une nouvelle disposition doit être examinée avant son adoption.

L'alinéa 2 prévoit que la portée de cet examen doit également être proportionnée en soi. Dans ce contexte, la proportionnalité est fonction du contenu et de l'impact des nouvelles règles.

Les alinéas 3 et 4 encouragent la traçabilité des nouvelles règles en prévoyant qu'elles doivent être accompagnées d'une explication et étayées par des éléments qualitatifs et, le cas échéant, quantitatifs.

L'alinéa 5 précise que l'examen doit être indépendant et objectif. Tant que le Gouvernement n'a pas fait usage de sa faculté de confier le contrôle à une autre institution en vertu de l'alinéa 6, ce contrôle est, dans la pratique, effectué par les départements compétents du Ministère de la Communauté germanophone. En tant que service public, le Ministère poursuit, par définition, l'intérêt général et, dans ce cadre, doit également procéder au contrôle de proportionnalité sur cette base. Le contrôle se déroule indépendamment de la décision finale du Ministre, du Gouvernement ou du Parlement, selon le cas. En outre, il peut être mentionné ici que le contrôle doit être indépendant du secteur concerné. Cette exigence semble satisfaite étant donné que le contrôle a lieu au Ministère en tenant compte, le cas échéant, de l'avis du secteur concerné.

À l'heure actuelle, deux domaines de compétence de la Communauté germanophone sont concernés par la directive, à savoir la santé et l'enseignement (voir les explications générales et les commentaires relatifs à l'article 2). Afin de pouvoir se forger une opinion complète sur la proportionnalité ou non d'une nouvelle mesure, le Gouvernement demandera à chaque fois un avis à ce sujet. Dans le domaine de la santé, il s'agira d'un avis du Conseil consultatif pour la santé et, dans le domaine de l'enseignement, c'est le Comité de secteur qui en discutera.

Article 7

Cet article définit les critères d'évaluation de la proportionnalité d'une disposition relative à la réglementation d'une profession.

Article 8

Les parties intéressées au titre du présent décret doivent être informées de la nature et de l'étendue des nouvelles règles avant leur adoption. Les parties intéressées peuvent être des citoyens, des associations représentatives, des partenaires sociaux et, bien entendu, des prestataires individuels, actuels et futurs, de la profession réglementée ou à réglementer. Cet article explique comment ces informations sont mises à disposition. Ainsi, les informations pertinentes sont rendues publiques par le biais de la page d'information du Ministère (à savoir sur ostbelgienlive.be et ostbelgienbildung.be, selon le cas), de manière à ce que chaque citoyen puisse en prendre connaissance.

Article 9

L'article prévoit que les parties intéressées doivent être associées de manière appropriée à l'élaboration des nouvelles règles et qu'elles ont la possibilité de faire valoir leur point de vue.

Article 10

Cet article prévoit que des enquêtes publiques sont menées lorsque cela est approprié et utile dans le cadre du présent décret.

Article 11

La proportionnalité d'une disposition doit être examinée non seulement avant son adoption, mais aussi après. Cet article précise que la Communauté germanophone devra procéder à un examen permanent de la proportionnalité et réagir de manière appropriée à l'évolution de la situation.

Article 12

Cet article prévoit que les motifs justifiant les nouvelles règles seront inscrits dans une base de données européenne.

Article 13

Un échange d'informations sur les règles existantes et nouvelles est nécessaire pour assurer la coordination avec les autres États membres. Cet article fournit la base appropriée pour cela.

Article 14

Cet article détermine l'entrée en vigueur du présent décret.

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique
H. MOLLERS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret instaurant un contrôle de proportionnalité avant l'adoption d'une nouvelle réglementation de professions

CHAPITRE 1^{ER} - DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1^{er} - Clause européenne

Le présent décret transpose partiellement la Directive (UE) 2018/ 958 du Parlement européen et du Conseil du 28 juin 2018 relative à un contrôle de proportionnalité avant l'adoption d'une nouvelle réglementation de professions.

Art. 2 - Champ d'application

Le présent décret s'applique aux dispositions réglementant les professions suivantes :

1° les professions de l'enseignement au sens de l'article 130, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, de la Constitution;

2° les professions des soins de santé, dans la mesure où la Communauté germanophone est compétente conformément à l'article 5, § 1^{er}, I., 7°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réforme des institutions et conformément à l'article 4, § 2, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone.

Il établit les règles relatives à un cadre commun pour la conduite des examens de proportionnalité avant l'adoption de nouvelles réglementations professionnelles ou la modification de réglementations professionnelles existantes, tout en garantissant un haut degré de protection des consommateurs.

Lorsque des exigences spécifiques relatives à une profession donnée sont fixées dans un acte juridique distinct de l'Union européenne et que cet acte ne laisse pas aux États membres le choix du mode de transposition, les dispositions correspondantes du présent décret ne s'appliquent pas.

Art. 3 - Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° dispositions réglementant une profession : toute disposition légale, réglementaire ou administrative limitant l'accès à une profession réglementée ou l'exercice de celle-ci ou l'une des modalités d'exercice de celle-ci, y compris l'usage d'un titre professionnel et les activités professionnelles autorisées sur le fondement de ce titre et qui relèvent du champ d'application des dispositions légales, réglementaires et administratives adoptées par la Communauté germanophone pour la transposition de la directive 2005/36/CE;

2° titre professionnel protégé : une forme de réglementation d'une profession dans le cadre de laquelle l'usage d'un titre dans une activité professionnelle ou un groupe d'activités professionnelles est subordonné, directement ou indirectement, en vertu de dispositions législatives, réglementaires ou administratives, à la possession d'une qualification professionnelle déterminée, et dans le cadre de laquelle l'usage abusif d'un tel titre est passible de sanctions;

3° la Directive 2005/36/CE : la directive européenne 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles;

4° activités réservées : une forme de réglementation d'une profession dans le cadre de laquelle l'accès à une activité professionnelle ou à un groupe d'activités professionnelles est réservé, directement ou indirectement, en vertu de dispositions législatives, réglementaires ou administratives, aux membres d'une profession réglementée détenteurs d'une qualification professionnelle déterminée, y compris lorsque l'activité est partagée avec d'autres professions réglementées.

Sans préjudice des définitions prévues à l'alinéa 1^{er}, les définitions figurant dans la loi du 12 février 2008 instaurant un cadre général pour la reconnaissance des qualifications professionnelles UE s'appliquent au présent décret.

CHAPITRE 2 – PRINCIPE DE NON-DISCRIMINATION ET OBJECTIFS D'INTÉRÊT GÉNÉRAL

Art. 4 – Principe de non-discrimination

Avant d'introduire de nouvelles dispositions législatives et administratives ou de modifier les dispositions législatives et administratives existantes pour réglementer une profession, l'on veillera à ce que ces dispositions ne soient directement ou indirectement discriminatoire en fonction de la nationalité ou du lieu de résidence.

Art. 5 – Justification par des objectifs d'intérêt général

Lorsque des dispositions légales, réglementaires et administratives réglementant une profession sont introduites et lorsque les dispositions existantes sont modifiées, elles seront justifiées par des objectifs d'intérêt général.

Il est notamment tenu compte du fait que les dispositions visées à l'alinéa 1^{er} sont objectivement justifiées par des raisons d'ordre public, de sécurité publique ou de santé publique ou par d'autres raisons impérieuses d'intérêt général. Il s'agit notamment de la préservation de l'équilibre financier du système de sécurité sociale, de la protection des consommateurs, des bénéficiaires de services et des travailleurs, de la protection de la bonne administration de la justice, de la garantie de la loyauté des transactions commerciales, de la lutte contre la fraude et de la prévention de la fraude et de l'évasion fiscales, ainsi que de la garantie d'un contrôle fiscal efficace, de la sécurité routière, de la protection de l'environnement et de l'environnement urbain, de la santé animale, de la propriété intellectuelle, de la protection et la préservation du patrimoine historique et artistique national, des objectifs de la politique sociale et des objectifs de la politique culturelle.

Les motifs d'ordre purement économique ou purement administratif ne constituent pas des raisons impérieuses d'intérêt général à même de justifier une limitation de l'accès à des professions réglementées ou de leur exercice.

CHAPITRE 3 – CONTRÔLE DE LA PROPORTIONNALITÉ

Art. 6 – Examen ex ante

Conformément aux dispositions du présent décret, le Gouvernement procède à un examen de la proportionnalité avant d'introduire de nouvelles dispositions légales, réglementaires ou administratives réglementant une profession ou de modifier celles existantes.

L'étendue de l'examen prévu à l'alinéa 1^{er} est proportionnée à la nature, au contenu et à l'effet de la disposition.

Toute disposition réglementant une profession est accompagnée d'une explication suffisamment détaillée pour permettre d'apprécier le respect du principe de proportionnalité.

Les motifs pour lesquels une disposition visée à l'alinéa 1^{er} est considérée comme justifiée et proportionnée sont étayés par des éléments probants qualitatifs et, dans la mesure du possible et si cela est pertinent, quantitatifs.

L'examen visé à l'alinéa 1^{er} est effectué de manière objective et indépendante.

Le Gouvernement peut charger un organisme indépendant de procéder au contrôle de la proportionnalité.

Art. 7 - Proportionnalité

§ 1^{er} – Les dispositions légales, réglementaires et administratives à introduire pour réglementer une profession et les modifications apportées aux dispositions existantes seront propres à garantir la réalisation de l'objectif poursuivi et n'iront pas au-delà de ce qui est nécessaire pour atteindre cet objectif.

§ 2 – À cette fin, avant l'adoption des dispositions mentionnées au § 1^{er}, il est tenu compte des éléments suivants :

1° la nature des risques liés aux objectifs d'intérêt général poursuivis, en particulier les risques pour les bénéficiaires de services, dont les consommateurs, pour les professionnels et pour les tiers;

2° la vérification de l'insuffisance de règles de nature spécifique ou plus générale déjà en vigueur, telles que celles prévues par la législation sur la sécurité des produits ou la législation relative à la protection des consommateurs, pour atteindre l'objectif poursuivi;

3° le caractère approprié de la disposition au regard de son aptitude à atteindre l'objectif poursuivi, et la question de savoir si cette disposition répond véritablement au souci d'atteindre cet objectif d'une manière cohérente et systématique et répond donc aux risques répertoriés de façon similaire pour des activités comparables;

4° l'incidence sur la libre circulation des personnes et des services au sein de l'Union, sur le choix des consommateurs et sur la qualité du service fourni;

5° la possibilité de recourir à des moyens moins restrictifs pour atteindre l'objectif d'intérêt général; notamment lorsque les dispositions sont justifiées par la protection des consommateurs uniquement et que les risques répertoriés sont limités à la relation entre le professionnel et le consommateur et n'affectent donc pas négativement des tiers, ou que l'objectif peut être atteint par des moyens qui sont moins restrictifs que le fait de réserver des activités;

6° l'effet des dispositions nouvelles ou modifiées lorsqu'elles sont conjuguées à d'autres dispositions limitant l'accès à la profession réglementées ou son exercice, et notamment la manière dont les dispositions nouvelles ou modifiées, conjuguées à d'autres exigences, contribuent à la réalisation du même objectif d'intérêt général, ainsi que la question de savoir si elles sont nécessaires à la réalisation de cet objectif.

§ 3 – En outre, les éléments suivants sont pris en compte lorsque cela est pertinent pour la nature et le contenu des dispositions nouvellement introduites ou modifiées :

1° la correspondance entre l'étendue des activités couvertes par une profession ou réservées à celle-ci et la qualification professionnelle requise;

2° la correspondance entre la complexité des tâches concernées et la nécessité que ceux qui les effectuent disposent de qualifications professionnelles déterminées, notamment en ce qui concerne le niveau, la nature et la durée de la formation ou de l'expérience requises;

3° la possibilité d'acquérir la qualification professionnelle par d'autres moyens;

4° la question de savoir si les activités réservées à certaines professions peuvent être partagées ou non avec d'autres professions, et pour quel motif;

5° le degré d'autonomie dans l'exercice d'une profession réglementée et l'incidence des modalités d'organisation et de supervision sur la réalisation de l'objectif poursuivi, en particulier lorsque les activités liées à une profession réglementée sont exercées sous le contrôle et la responsabilité d'un professionnel dûment qualifié;

6° l'évolution de la technique et le progrès scientifique, qui peuvent effectivement réduire ou accroître l'asymétrie d'information entre les professionnels et les consommateurs.

§ 4 – Aux fins du § 2, 6°, l'effet de la disposition nouvelle ou modifiée, lorsqu'elle est conjuguée à une ou plusieurs exigences, est examiné compte tenu du fait que ces effets peuvent être positifs et négatifs, et en particulier les exigences suivantes :

1° les réserves d'activité, les titres protégés ou toute autre forme de réglementation au sens de l'article 3, paragraphe 1^{er}, a), de la directive 2005/36/CE;

2° les obligations en matière de formation professionnelle continue;

3° les dispositions en matière d'organisation de la profession, d'éthique professionnelle et de supervision;

4° l'affiliation obligatoire à une organisation professionnelle ou à un organisme professionnel et systèmes d'inscription ou d'autorisation, notamment lorsque ces exigences impliquent la possession d'une qualification professionnelle déterminée;

5° les restrictions quantitatives, notamment les exigences limitant le nombre d'autorisations d'exercer ou fixant un nombre minimal ou maximal de travailleurs, de gestionnaires ou de représentants titulaires de qualifications professionnelles déterminées;

6° les exigences particulières en matière de forme juridique ou exigences liées à la détention du capital ou à la gestion d'une entreprise, dans la mesure où ces exigences sont directement liées à l'exercice de la profession réglementée;

7° les restrictions territoriales, y compris lorsque la profession est réglementée autrement dans d'autres entités qu'en Communauté germanophone;

8° les exigences limitant l'exercice d'une profession réglementée conjointement ou en partenariat, et règles d'incompatibilité;

9° les exigences concernant la couverture d'assurance ou d'autres moyens de protection personnelle ou collective concernant la responsabilité professionnelle;

10° les exigences en matière de connaissances linguistiques, dans la mesure nécessaire à l'exercice de la profession;

11° les exigences en matière de tarifs fixes minimaux et/ou maximaux;

12° les exigences en matière de publicité.

§ 5 – Avant de mettre en place de nouvelles règles ou de modifier les règles existantes, il est également veillé au respect du principe de proportionnalité des exigences spécifiques relatives à la prestation temporaire ou occasionnelle de services, prévues au titre II de la directive 2005/36/CE, dont :

1° l'inscription temporaire automatique ou l'adhésion pro forma à une organisation professionnelle;

2° une déclaration préalable, la fourniture des documents exigés ou toute autre exigence équivalente;

3° le versement d'une redevance ou des frais requis pour les procédures administratives, liés à l'accès à des professions réglementées ou à leur exercice, à la charge du prestataire de services.

L'alinéa 1^{er} ne s'applique pas aux mesures destinées à garantir le respect des conditions de travail et d'emploi applicables, qui sont appliquées conformément au droit de l'Union.

§ 6 – Lorsque les dispositions réglementant une profession concernent la réglementation de professions de santé et ont des implications sur la sécurité des patients, l'objectif de

garantir un niveau élevé de protection de la santé est pris en compte.

CHAPITRE 4 – INFORMATION, SUIVI ET TRANSPARENCE

Art. 8 – Information préalable des parties prenantes

Avant d'introduire ou de modifier des dispositions réglementant une profession, des informations sont mises à la disposition des citoyens, des bénéficiaires de services et des autres parties intéressées, y compris celles qui ne sont pas membres de la profession concernée, sur le portail Internet du Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 9 – Participation des parties prenantes

La Communauté germanophone associe dûment toutes les parties concernées et leur donne la possibilité d'exprimer leur point de vue.

Le Gouvernement peut fixer des modalités *ad hoc*.

Art. 10 – Consultations publiques

Lorsque cela est pertinent et approprié, des consultations publiques seront menées.

Le Gouvernement peut déterminer ce qui suit :

- 1° ce qu'il faut entendre par «pertinent et approprié»;
- 2° les modalités des consultations publiques.

Art. 11 – Suivi

Une fois adoptées des dispositions législatives, réglementaires et administratives nouvelles ou modifiées règlementant une profession, leur conformité avec le principe de proportionnalité est contrôlée. Les évolutions intervenues après l'adoption de la disposition en question sont dûment prises en compte.

Art. 12 – Transparence

Le Gouvernement communique à la Commission de l'UE les raisons pour lesquelles les dispositions examinées en vertu du présent décret sont considérées comme justifiées et proportionnées, ainsi que les dispositions, conformément à l'article 59, paragraphe 5, de la directive 2005/36/CE. Le Gouvernement consigne ces motifs dans la base de données des professions réglementées visée à l'article 59, paragraphe 1^{er}, de la directive 2005/36/CE.

CHAPITRE 5 - ÉCHANGE D'INFORMATIONS

Art. 13 – Collaboration avec d'autres États membres

Afin d'assurer une application efficace du présent décret, le Gouvernement prend les mesures nécessaires pour encourager l'échange d'informations avec d'autres États membres de l'Union européenne sur les matières régies par le présent décret et sur la manière particulière dont ceux-ci réglementent une profession ou sur les effets de cette réglementation.

CHAPITRE 6 – DISPOSITIONS FINALES

Art. 14 - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 30 juillet 2020.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique
H. MOLLERS

Tableau détaillant les transpositions

Dispositions dans la Directive (UE) 2018/958	Dispositions dans le présent décret
Article 1 ^{er}	Article 2
Article 2	Article 2 en lien avec article 3, alinéa 1 ^{er} , 1 ^o
Article 3	Article 3, alinéa 1 ^{er} , 3 ^o et 4 ^o
Articles 4 (1) à (5)	Article 6
Article 4 (6)	Article 11
Article 5	Article 4
Article 6	Article 5
Article 7	Article 7
Article 8 (1)	Article 8
Article 8 (2)	Article 9
Article 9	-
Article 10 (1)	Article 13
Article 10 (2)	Ne nécessite pas de transposition
Article 11 (1)	Article 12
Article 11 (2)	Ne nécessite pas de transposition
Article 12	Ne nécessite pas de transposition
Article 13 (1), alinéa 1 ^{er}	Ne nécessite pas de transposition
Article 13 (1), alinéa 2	Article 1 ^{er}
Article 13 (2)	Ne nécessite pas de transposition
Article 14	Ne nécessite pas de transposition
Article 15	Ne nécessite pas de transposition

Dispositions dans le présent décret	Dispositions dans la Directive (UE) 2018/958
Article 1 ^{er}	Article 13 (1), alinéa 2
Article 2	Article 1 ^{er}
Article 3	Article 3
Article 4	Article 5
Article 5	Article 6
Article 6	Articles 4 (1) à (5)
Article 7	Article 7
Article 8	Article 8 (1)
Article 9	Article 8 (2)
Article 10	-
Article 11	Article 4 (6)
Article 12	Article 11 (1)
Article 13	Article 10 (1)
Article 14	-